Nr. 9 Elfter Jahrgang — Einzelnummer 20 Pf. — Leipzig, 28. Februar 1930

Allgemeines Jüdisches Familienblatt

Leipziger Jüdisches Familienblatt * Leipziger Jüdische Zeitung

WOCHENBLATT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES JUDENTUMS

Anzeigenpreise: 6gespalt. mm-Zeile 15 Pf., 3gespalt. Textzeile 60 Pf., Familienanzeigen für Abonnenten gegen Vorzeigung der bezahlten Monatsquittung ermäßigte Preise. Anzeigen werden in unsereren Geschäftsstellen entgegengenommen. Anzeigenschluß Dienstag abend. Anzeigengebühren von auswärts werden auf Postscheckkonto Leipzig Nr. 216 90 unter Allg. Jüd. Familienblatt erbeten. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und für Platzvorschrift kann keine Gewähr geleistet werden. Bei Klagen gilt die Zuständigkeit des Amtsgerichts Leipzig als vereinbart

Verlag und Redaktion:
Allgemeines Jüdisches Familienblatt
Leipzig, Gerberstraße 48/50 — Telephon 215 16
Postscheckkonto Nr. 216 90

Erscheint jeden Freitag. — Redaktionsschluß Dienstag mittag. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Bezugspreise: Abonnenten werden bei allen Postämtern angenommen. Postbezug 80 Pfennige monatlich, 2.40 Mark vierteljährlich exkl. Bestellgeld. Streifband-Bezug für Deutschland, Oesterreich, Saargebiet, Luxemburg, Danzig, Memelgebiet 1.20 Mark monatlich, für das übrige Ausland 1.50 Mark. Bestellungen nehmen entgegen in Leipzig: Hauptgeschäftsstelle, Gerberstr. 48/50; Buchhandlung M. W. Kaufmann, Brühl 8; M. Gonzer, Berlin N 24, Oranienburger Str. 26; M. Laufer, Chemnitz, Kasernenstr. 8; Dresdner Redaktion: Georg Joachimstal, Zöllnerplatz 11. Ruf 61 009.

Chronik der Woche

Die arabische Delegation verschiebt ihre London-Reise. Jerusalem. (JTA.) Die arabische Exekutive, die am 20. Februar ihre Reise nach London hätte antreten sollen, hat auf den Rat Jemal Husseinis die Reise verschoben im Hinblick darauf, daß der Bericht der Shaw-Kommission erst Ende Februar fertig vorliegen wird. Die Delegation wird ihre Reise Anfang März antreten.

Der Leiter des erneuerten deutschen Palästina-Instituts in Jerusalem. Berlin. (JTA.) Der a. o. Professor der Theologie Lic. A. Weiser erhielt einen Ruf als Leiter des Deutschen Palästina-Instituts für Altertumsforschung in Jerusalem.

Prozeß gegen 12 des Mordes beschuldigte Hebron-Araber. Jerusalem. (JTA.) Vor dem Jerusalemer Kreisgericht begann ein für mehrere Tage berechneter Prozeß gegen 12 Araber aus Hebron, die beschuldigt sind, am 24. August vier Mitglieder der jüdischen Familien der Rabbiner Abushdid und Gozlan in Hebron ermordet zu haben.

Ein Jude von Mordbeschuldigung freigesprochen. Jerusalem. (JTA.) Vor dem Jerusalemer Kreisgericht hatte sich der in Rumänien geborene Jude Goldental, ein angesehener Kaufmann und Präsident der Haifaer Handelskammer, unter der Beschuldigung zu verantworten, daß er während der Augustunruhen einen Araber ermordet hätte. Nachdem sich im Verlauf der Gerichtsverhandlung seine vollständige Unschuld herausgestellt hatte, wurde Goldental freigesprochen und, nach fünfmonatlicher Untersuchungshaft, aus dem Gefängnis entlassen.

Fortgesetzte amerikanische Proteste gegen die Religionsverfolgung in Rußland. Neuyork. (JTA.) Die Leitung des American Jewish Congreß veröffentlicht eine Protesterklärung gegen die Unterdrückung der Religion in Sowjetrußland und fordert die amerikanische Judenheit auf, sich mit allen anderen Glaubensgemeinschaften in der Bemühung zu vereinigen, „dem — sonderbar genug im Namen der sozialen Gerechtigkeit — fortgesetzt geübten schweren Unrecht ein Ende zu bereiten". Das American Comittee on Religious Rights and Minorities hat an den Präsidenten Hoover, das Staatsdepartement und das Staatskomitee für auswärtige Angelegenheiten, sowie an dessen Vorsitzenden Senator Borah das Ersuchen gerichtet, der Sowjetregierung die Anerkennung zu verweigern, so lange die Religionsverfolgung andauert.

Jüdische Studenten Bayerns gezwungen, zur Alimentierung der antisemitschen österreichischen Studentenschaft beizutragen. Berlin. (JTA.) Im „Berliner Tageblatt" kritisiert Dr. Werner Richter die Verfügung des bayerischen Kultusministers Goldenberger, wonach die sogenannte „Deutsche Studentenschaft" erneut ermächtigt wird, von sämtlichen in Bayern immatrikulierten Studenten Zwangsbeiträge für ihre höchst zweifelhaften Zwecke einzuziehen, und zwar mit Hilfe des staatlichen Kassenapparates. Dr. Richter meint, die Verfügung sei zweifellos unter dem unablässigen Druck der zumeist völkisch oder deutschnational beeinflußten Korporationen und ihrer alten Herren zustande gekommen. Ein direkter Beitrag von 20 Pf. wird für den (österreichischen) Kreis VIII der Deutschen Studentenschaft erhoben, „d. h. zur Alimentierung jenes kleinen Klüngels, der sich in Oesterreich Deutsche Studentenschaft nennt und trotz seines Antisemitismus nichts dagegen hat, auch von Geldern zu leben, die in Bayern zwangsweise von jüdischen Studenten erhoben werden".

Würgende Not

Die Nachrichten, welche in den letzten Wochen aus Osteuropa kommen, lassen das Bild einer neuen furchtbaren Notwelle erkennen, die über die Judenheiten in einzelnen Ländern hereingebrochen ist. Besonders arg sind die Botschaften aus Polen. Die Lage in Polen ist derart katastrophal, daß dreiviertel aller polnischen Juden buchstäblich hungern. Zur Illustration diene folgende Angabe: In einer Stadt, in der ungefähr 20 000 Juden leben, wurde statistisch erhoben, in wieviel jüdischen Wohnungen die Fensterscheiben zerbrochen und nicht durch neue ersetzt sind. 87 Proz. der jüdischen Wohnungen haben zerbrochene Scheiben, ohne daß die Wohnungsinhaber imstande sind, den geringen Betrag aufzubringen, um ihre Fenster wieder instand zu setzen. Man muß hierbei überlegen, daß in diesen Wohnungen die Scheiben nicht auf einmal zerbrochen wurden, sondern, daß der beklagenswürdige Zustand der Verwahrlosung ein Ergebnis von Zufällen während eines Zeitraumes von mehreren Jahren darstellt. Und in dieser langen Zeit sind die meisten Wohnungsinhaber nicht in der Lage gewesen, neue Scheiben zu kaufen, einfach darum, weil noch dringende Anschaffungen nötig gewesen sind. Dieses einzige Beispiel beweist, daß die Not chronisch ist. Jetzt jedoch hat dieser chronische Zustand eine Zuspitzung erfahren, die in ihrer Schärfe eine direkte Gefährdung von Leben und Gesundheit der jüdischen Bevölkerung darstellt. Was soll mit den polnischen Juden geschehen? Eine Aenderung ihrer Lage, selbst wenn der polnische Staat seine Methoden in der Behandlung der Juden grundsätzlich ändern sollte, ist kaum zu erwarten. Sicherlich haben Politik und gesellschaftlicher Judenhaß zur Erhöhung der Not der polnischen Juden beigetragen. Die letzte Ursache liegt in den wirtschaftlichen Verhältnissen des polnischen Staates, in der Schichtung der polnischen Gesellschaft, und vor allem in der sozialen Struktur der Juden selbst. Leider besteht der Satz zu Recht, daß in Polen zu viele Juden leben und zwar zu viele Juden für die Juden selbst und nicht nur für den polnischen Staat. Die Beschränkung der Auswanderungsmöglichkeit für die polnische Judenheit ist ein Ventil gewesen, durch das alljährlich zehntausende Juden nach Uebersee gingen. Dieses Ventil ist geschlossen und der wirtschaftliche Druck in dem jüdischen Kessel Polens ist unerträglich geworden.

Es gibt Stimmen, welche behaupten, daß viele polnische Juden unter dem Drucke der auf ihnen lastenden Not zum Wanderstabe greifen werden, obwohl sie weder ein Ziel vor Augen haben, noch die entsprechenden Papiere und Einreisebewilligungen. Es ist fraglich, ob es auch nur einem kleinen Teile dieser verzweifelten Menschen gelingen wird, die Grenzen zu schmuggeln und in die benachbarten westlichen Länder zu gelangen. Aber selbst wenn dieser unwahrscheinliche Fall Wahrheit werden sollte, daß einzelne Juden aus Osteuropa sich unter tausend Mühen, Schikanen und polizeilichen Drangsalierungen irgendwohin nach dem Westen durchschlagen, so muß man damit rechnen, daß sie nach kurzem unfreiwilligem Aufenthalt in Polizeigefängnissen zwangsweise wieder in ihre Heimat abgeschoben werden. Aber wenn sie sogar doch die Möglichkeit erkämpfen könnten, in Westeuropa zu bleiben, so würden sie nur vom Regen in die Traufe gelangen.

Denn die jüdische Not macht im gegenwärtigen Augenblick leider an den Grenzen Polens nicht Halt. Auch in solchen Ländern wie Oesterreich und vor allem Deutschland, in welchem Lande der Prozentsatz der Juden äußerst gering ist, mehren sich die Anzeichen einer nie gekannten jüdischen Notlage. In Deutschland hat die wirtschaftliche Entwicklung es mit sich gebracht, daß der größte Teil des jüdischen Mittelstandes vollständig verarmt ist. In den letzten Monaten sind ganze Branchen, in denen die Juden berufstätig waren, einfach glatt wegrasiert worden. Wir haben in Deutschland eine ungeheure jüdische Angestelltennot. Die Wohlfahrtsinstitutionen der Jüdischen Gemeinden sind bis aufs äußerste angespannt. In der Provinz hat der wirtschaftliche Antisemitismus, in stärkster Weise von dem wachsenden Nationalsozialismus propagiert, die Existenzmöglichkeit der jüdischen Bevölkerung vollständig untergraben. Wohl zum ersten Male seit vielen Jahrzehnten sehen sich die jüdischen Körperschaften veranlaßt, Beratungen zu pflegen, Versammlungen einzuberufen und Untersuchungen anzustellen, auf welche Weise man die wirtschaftliche Not eines ungeheuren Teiles der deutschen Judenheit bekämpfen könnte. Es ist ja erfreulich, daß sich der Gedanke der Selbsthilfe regt und die Verantwortlichkeit der jüdischen Gemeinden gegenüber der Not in der eigenen Gemeinschaft wachgerufen wird. Sicherlich ist dieser Gedanke der Selbsthilfe im gegebenen Augenblick der einzig richtige. Aber ist es nicht ein grauenhaftes Symptom, daß auch die Judenheit in Deutschland — abgesehen von ihrer chronischen kulturellen und moralischen Not, abgesehen von ihren Leiden durch den Antisemitismus, der gegenwärtig für ganz Europa in Deutschland sein Zentrum hat — nunmehr auch Beute einer Wirtschaftsnot werden, die man in Deutschland nicht für möglich gehalten hätte. Die Schicksalsverbundenheit der Juden in der ganzen Welt wird auf diese Weise eklatant.

Gegen diesen Zustand ist ein absolut probates Mittel wohl kaum vorhanden, denn sogar die Selbsthilfe ist ja nur in beschränktem Ausmaße möglich und in ihren Wirkungen nicht allzu groß, um so weniger groß,

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id417009437-19300228/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG